



Presseschau vom 01.11.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Bernd Müller: Erntehelfer aus Osteuropa: Knechte auf deutschen Feldern

Saisonarbeiter aus Osteuropa sind der Ausbeutung durch deutsche Landwirte schutzlos ausgeliefert. Die Initiative "Faire Landwirtschaft" hat in diesem Jahr wieder viele Missstände aufgedeckt. Aber der deutsche Staat schaut noch immer nicht genau hin. ...

<https://kurz.rt.com/2pdn>

de.rt.com: Energiewende, Digitalisierung und Militär – Seltene Erden aus China unverzichtbar für den Westen

Während die NATO jüngst mit Blick auf ihre mutmaßlichen Widersacher China und Russland versprach, noch mehr in die Aufrüstung zu investieren, High-End-, Cyber- und Weltraum-Fähigkeiten zu verstärken, ist sie in diesen und vielen anderen Bereichen hochgradig abhängig von Chinas Rohstoffen. ...

<https://kurz.rt.com/2pjb>

Gert-Ewen Ungar: Migration und Ideologie: Der Niedergang der EU und die deutsche Selbstwahrnehmung

Wie in Deutschland über Migration debattiert wird, zeigt, dass die Deutschen Außenpolitik verkürzt wahrnehmen. Es braucht Aufklärung über deutsche und EU-Außenpolitik sowie über den Niedergang der EU. Erst dann kann das Thema Migration sinnvoll eingeordnet werden.

...

<https://kurz.rt.com/2pi8>

de.rt.com: **Russischer Präsidentenberater warnt vor "menschloser Demokratie" und Cyberstaaten ohne Territorium**

Wladislaw Surkow, ehemals Vizechef der russischen Präsidentschaftsverwaltung, sagt in einem Essay eine düstere Zukunft voraus: In "menschlosen Demokratien" werden Computer alles kontrollieren – und viele Staaten gar nur im Cyberspace existieren. ...

<https://kurz.rt.com/2oyi>

abends/nachts:

de.rt.com: **Lawrow macht "Schluss" mit der NATO – Allianz will keinen Dialog, nur Propaganda gegen Russland**

Der russische Außenminister Sergei Lawrow hat die USA und die NATO für ihre konfrontative Politik im Schwarzmeer-Raum kritisiert. Am Rande des G-20-Gipfels begründete der russische Chef-Diplomat erneut, warum Russland seine Vertretung im NATO-Hauptquartier schließen musste.

Der russische Außenminister Sergei Lawrow nahm am Rande des G-20-Gipfels zu den jüngsten militärischen Aktivitäten der NATO ausführlich Stellung und äußerte sich auch zu Grundsatzfragen der Beziehungen mit der Allianz. Er betonte:

"Die NATO-Führung zeigt durch ihr Handeln, dass sie keinen Dialog mit Russland führen will."

"Wir haben keine Informationen darüber, was die NATO tun wird. Wir verlassen uns auf Fakten, und die Fakten sind, dass die NATO keine Interaktion mit uns wünscht", wurde der russische Außenminister von TASS zitiert.

Lawrow sagte, als Russland noch Vertreter in der Allianz hatte, wollte die Organisation Russland nur über "Dinge des Lebens belehren" und forderte, dass der Russland-NATO-Rat zusammentritt, um die Lage in der Ukraine zu besprechen. Lawrow machte deutlich:

"Das war ihr ganzes Interesse – die Propaganda anzuheizen und Druck auf die Russische Föderation auszuüben."

Nun sei mit der Schließung des russischen Büros im NATO-Hauptquartier in Brüssel damit Schluss:

"Das war's, das Thema ist erledigt."

Der Außenminister fügte hinzu, die NATO könne sich über den Botschafter in Belgien an Moskau wenden, wenn sie dies wünsche. "Wir haben das Nordatlantische Bündnis benachrichtigt, dass sie im Falle eines Falles über diesen Diplomaten Signale senden können", schloss er.

Zuvor hat der ehemalige Oberbefehlshaber der NATO Admiral der US-Marine James Stavridis in einem Bloomberg-Artikel versucht, die Schuld an Abbruch der Beziehungen allein Russland zuzuschreiben. "Die Strategie 'Vorsicht vor dem Bären' – der Grund für die Gründung der NATO nach dem Zweiten Weltkrieg – sollte auch jetzt Priorität haben", schrieb er.

Lawrow hat bei seinem Presseauftritt auch die Entscheidung der Sechsten Flotte der USA kommentiert, ihr Flaggschiff, das Kommandoschiff USS Mount Whitney, für gemeinsame Operationen mit NATO-Ländern ins Schwarze Meer zu schicken.

Die Demonstration der US-Marineflotte sei mit den proklamierten Aufgaben einer Abschreckung Russlands begründet und trage damit nicht zu Stabilität und guter Nachbarschaft in der Region bei, so Lawrow.

"Die Amerikaner versuchen aktiv, die Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres, die NATO-Mitglieder sind, zu einer solchen konfrontativen Politik zu drängen, indem sie über die

Einrichtung neuer Marinestützpunkte an der Schwarzmeerküste Rumäniens oder Bulgariens sprechen", sagte Lawrow.

Die NATO gab am 6. Oktober bekannt, dass sie das Personal der russischen Mission bei der Allianz von 20 auf 10 Mitglieder reduziert, die Akkreditierung von acht Diplomaten widerrufen und unbesetzte Posten gestrichen hat. Das nordatlantische Bündnis forderte die russischen Diplomaten auf, Brüssel bis Ende Oktober zu verlassen.

Der russische Außenminister Lawrow kündigte daraufhin am 18. Oktober an, dass Russland seine Mission bei der NATO ab November aussetzen werde, nachdem der Militärblock beschlossen hatte, acht russischen Diplomaten die Akkreditierung zu entziehen. Er sagte auch, dass die Arbeit der militärischen NATO-Verbindungsmission und des Informationsbüros in Moskau ausgesetzt werden würde.

Seitdem nahmen unter anderem die Verletzungen der Waffenruhe und der Beschuss der Zivilbevölkerung vonseiten des engen NATO-Partners Ukraine im Krisengebiet Donbass zu. Es kam zu einer Reihe von Provokationen. Am 13. Oktober entführte die Ukraine einen Militärbeobachter der Lugansker Volksrepublik mit internationalem Mandat, am 27. Oktober wurde ein Dorf mit 180 Einwohnern auf dem Territorium der Donezker Volksrepublik unter Kontrolle der ukrainischen Streitkräfte gebracht. Berichten zufolge kam es dort zu Razzien, Durchsuchungen und Festnahmen. Am 29. Oktober setzte Ukraine Kampfdrohnen gegen Zivilisten ein, infolgedessen drei Arbeiter eines Agrarbetriebes in der Donezker Volksrepublik schwer verletzt wurden.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/617eeebdb480cc4dbc4e44b5.JPG>

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 31. Oktober 2021 wurden zwei Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Solotoje-5 und **Golubowskoje** wurden mit 82mm-Mörsern (**33 Geschosse**) beschossen. Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

snanews.de: Syrischer Militärangehöriger bei Terrorbeschuss in der Provinz Latakia gestorben

Bei einem Mörserbeschuss gegen Stellungen der Regierungskräfte im syrischen Latakia ist ein Militärangehöriger ums Leben gekommen. Dies gab am Montag der Vizechef des Russischen Versöhnungszentrums für Syrien, Konteradmiral Wadim Kulit, bekannt.

„In der Provinz Latakia ist bei einem Mörserbeschuss, der von Terroristen aus dem Bezirk

Herbet al-Arus gegen die Stellungen der Regierungskräfte (...) durchgeführt wurde, ein syrischer Militärangehöriger ums Leben gekommen“, sagte er.

Außerdem teilte Kulit mit, dass die Terroristen der Terrorgruppe „Dschebhat an-Nusra“ acht Beschießungen in der Idliber Deeskalationszone unternommen hätten.

„In der Provinz Idlib gab es vier Beschießungen, in der Provinz Latakia auch vier.“

Der Syrien-Konflikt dauert seit 2011 an. Ende 2017 wurde der Sieg über die Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS, Daesh) in Syrien und im Irak verkündet. In einzelnen syrischen Regionen wird jedoch weiter gekämpft, wobei eine politische Regelung, der Wiederaufbau und eine Rückführung der Flüchtlinge in den Vordergrund treten.

Der russische Präsident, Wladimir Putin, und sein türkischer Amtskollege, Recep Tayyip Erdogan, hatten am 5. März 2020 nach sechsstündigen Verhandlungen in Moskau eine Vereinbarung zu Syrien unterzeichnet, die unter anderem einen Waffenstillstand in Idlib beinhaltet.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0b/01/4167121_0:160:3073:1888_1280x0_80_0_0_1211fce7ce3629a1741b52f7f1ef0066.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 31. Oktober 3:00Uhr bis 1. November 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination zwei Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Bergwerks 6/7), Alexandrowka.**

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feuereinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 14.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden zwei Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung festgestellt.

de.rt.com: **Mehrere deutsche Großunternehmen wollen Geimpfte und Ungeimpfte in Kantinen trennen**

Medienberichten zufolge wollen die Unternehmen Bayer, Eon und Alltours separate Kantinenzonen für Geimpfte und Genesene einrichten. In diesen Bereichen sollen keine Corona-Auflagen mehr gelten. Für die anderen gelten die Auflagen, inklusive Trennwänden, weiter.

Mehrere große Unternehmen, darunter Bayer, Eon und Alltours, wollen in der Corona-Krise nach einem Medienbericht künftig Geimpften und von Corona genesenen Beschäftigten eigene Kantinenbereiche oder eigene Cafeterias anbieten.

In diesen Sonderbereichen sollen Beschäftigte ohne Schutzvorgaben zusammensitzen dürfen, während diejenigen, die sich nicht impfen lassen oder keine Auskunft über ihren Impfstatus geben, weiterhin mit Abstandsregeln, Masken oder Trennwänden beim Essen leben müssten, berichtet unter anderem die Rheinische Post am Montag.

Der Bayer-Konzern zum Beispiel spricht nach Angaben der Zeitung von mehreren Pilotprojekten für Kantinenbereiche nur für Geimpfte und Genesene. Bayer betonte aber wie andere Unternehmen auch, dass Ungeimpfte weiterhin Zugang zu Kantinen hätten. Alles werde in enger Zusammenarbeit mit den Betriebsräten geplant. Die von der Rheinischen Post befragten Unternehmen wollen den Angaben zufolge auch die Homeoffice-Quote hoch halten. Bayer habe zudem berichtet, Beschäftigte würden sich auf eigene Faust zu Arbeitsgruppen ohne Ungeimpfte zusammenschließen. "Selbstorganisierte Gruppen (zum Beispiel in Mehrpersonen- oder Großraumbüros, in Laboren oder Teilbereichen der Produktion) können unter freiwilliger Anwendung der 2G-Regel (geimpft oder genesen) ohne Abstand und Maske zusammenarbeiten oder Arbeitsmeetings in Präsenz-Meetings durchführen", zitiert das Blatt das Unternehmen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/617f9623b480cc2bbe3dbec8.jpg>

**Lug-info.com: In der LVR sind am 1. November um 9:00 Uhr 18.592 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.
Davon wurden bis 14.009 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 2397 Todesfälle.**

snews.de: **Flaggschiff der 6. US-Flotte auf dem Weg ins Schwarze Meer**

Das Flaggschiff der Sechsten Flotte der US-Marine, „Mount Whitney“, ist derzeit auf dem Weg ins Schwarze Meer. Das geht aus einer entsprechenden Twitter-Mitteilung der United States Sixth Fleet hervor.

„(...) Die Mount Whitney hat ihren Transit in Richtung Norden ins Schwarze Meer begonnen, um mit den Verbündeten und Partnern der Nato in der Region zu operieren“, heißt es in der

Mitteilung.

An Bord des Schiffes befinden sich Mitarbeiter der Stäbe der Sechsten Flotte der US-Marine und der Naval Striking and Support Forces der Nato.

Ende der vergangenen Woche hatte das amerikanische und Nato-Kommando den Start der Operationen im Mittel- und Schwarzen Meer verkündet. Ziel der Einsätze sei es gewesen, gemeinsam für Sicherheit und Stabilität in der Region zu sorgen.

Am Samstag war der amerikanische Zerstörer „USS Porter“ ins Schwarze Meer eingelaufen. Ob die Entsendung des Schiffes in die Region mit der angekündigten Operation verbunden ist, ist nicht klar. Den US-Zerstörer beobachten die Kräfte und Mittel der Schwarzmeerflotte. Russlands Außenminister Sergej Lawrow hatte am Sonntag erklärt, dass das Vorgehen der USA zur Entsendung eines Zerstörers ins Schwarze Meer keineswegs die Stabilität fördere. Washington versuche, die Nato-Anrainerstaaten zu einer Konfrontationspolitik zu drängen. Der Minister betonte dabei, dass die Nato-Pläne zur Einrichtung neuer Marinebasen an der Schwarzmeerküste Rumäniens oder Bulgariens den Interessen der guten Nachbarschaft in der Schwarzmeerregion nicht entsprechen. Jedoch sei Russland auf jegliche Bedrohungen vorbereitet, so Lawrow. „Für uns ist es kein Problem, die Sicherheit des russischen Territoriums und die Sicherheit auf dem Schwarzen Meer zu gewährleisten, aber wir sind immer dafür gewesen, dass Kooperationsprojekte und nicht auf Konfrontation beruhende Projekte gefördert werden“, sagte er.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0b/01/4168749_0:279:2651:1770_1280x0_80_0_0_98e41f914997521886a7dcc2f494fe19.jpg

Mzdnr.ru: Am 31. Oktober wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt.

Am 1. November um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 86.823 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

14.951 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 65.175 als gesund entlassen, es gibt 6697 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 216 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 36 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 76 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 3817 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 1770 mit Sauerstoffunterstützung (+60 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2255 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

deu.belta.by: OVKS-Friedensübung findet in Russland vom 8. bis zum 12. November statt

Eine gemeinsame OVKS-Friedensübung "Kampfbruderschaft" wird vom 8. bis 12. November in Russland als Teil der gemeinsamen operativen und strategischen Übung "Ungebrochene Bruderschaft" stattfinden, teilte der Gemeinsame OVKS-Stab mit.

Die Übung findet in Kasan statt, wo die OVKS-Streitkräfte die Aufgabenerfüllung bei der Vorbereitung und Durchführung einer friedenserhaltenden Operation durch die kollektiven OVKS-Friedenstruppen üben. Die Hauptziele der Übung sind die Verbesserung der Fertigkeiten von den leitenden Offizieren bei der Organisation und Führung der ihnen unterstellten Truppen im Rahmen einer friedenserhaltenden Operation.

An der Übung sollen militärische Landeskontingente der Mitgliedstaaten, Einheiten der Militärpolizei, operative Gruppen des Gemeinsamen Stabes und des OVKS-Sekretariats, Einheiten der Organe für innere Angelegenheiten (Polizei), der Nationalgarde sowie autorisierte Stellen für die Verhütung und Beseitigung der Folgen von Notfällen teilnehmen.

"Während der Übung werden die folgenden Aktionen von den Friedenstruppen geübt: Handlungen an einer Straßensperre und in einem Flüchtlingslager, die Begleitung humanitärer Konvois, Blockade eines bewohnten Gebiets, den Sturm eines von 'Militanten' besetzten Gebäudes sowie die Befreiung von 'Geiseln' und Hilfebereitstellung für die Opfer", so der OVKS-Stab.

Die Vertreter der Parlamentarischen Versammlung der OVKS, Serbiens, Usbekistans und der Mongolei sowie des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz und anderer internationaler Organisationen sind zur Abschlussphase der Übung eingeladen.

Die OVKS-Friedenstruppen sind eine Gesamtheit von Friedenskontingenten, die zur Teilnahme an den OVKS-Friedensoperationen eingesetzt werden sollen. Um die Friedenstruppen mit Personal auszustatten, stellen die Mitgliedstaaten der Organisation im Einklang mit ihren nationalen Rechtsvorschriften dauerhaft Friedenskontingente bereit. Bei den friedenserhaltenden Kontingenten der OVKS-Mitgliedstaaten handelt es sich um ein ausgebildetes militärisches, polizeiliches (Polizei) und ziviles Sonderpersonal sowie um die Kräfte und Ausrüstung, die von den OVKS-Mitgliedstaaten für die gemeinsamen Friedenstruppen bereitgestellt werden. Die Gesamtzahl der Friedenstruppen beträgt etwa 3.600 Angehörige.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000022_1635755481_58774_big.jpg

nachmittags:

de.rt.com: New York Times: Russland und USA führen Geheimverhandlungen über Hacker und Rüstungskontrolle

Nach Angaben von The New York Times haben Russland und die USA nach dem Treffen der

Staatschefs im Juni eine Reihe von "geheimen Gesprächen" zu verschiedenen Themen abgehalten. Unter anderem soll das Problem der Hackerangriffe auf den Tisch gebracht worden sein.

Unter Berufung auf eigene Quellen hat die Zeitung The New York Times (NYT) über geheime Treffen zwischen Vertretern Russlands und der USA berichtet, die bereits kurz nach dem Gipfel zwischen Wladimir Putin und Joe Biden stattgefunden haben sollen. Vertreter der US-Regierung sollen bereits dreimal nach Moskau gereist sein, weitere Zusammenkommen sollen auf neutralem Boden in Finnland und in der Schweiz stattgefunden haben.

Unter anderem sollen die USA das Thema der Cybersicherheit auf den Tisch gebracht und Russland die Details jener Hacker übergeben haben, die der Angriffe auf die USA verdächtigt werden. Dabei warte Washington nach den Worten eines unbenannten hochrangigen US-Beamten auf weitere Schritte seitens Moskau.

Verhandlungen über die Rüstungskontrolle seien ein weiteres Thema auf der Agenda der geheimen Treffen, hieß es. Angaben der US-Beamten zufolge sei Russland bereit, an der Wiederherstellung des Atomabkommens mit Iran zu arbeiten. Bezüglich der Gespräche über das Atomprogramm mit Nordkorea zeige Moskau zwar wenig Begeisterung, signalisiere aber Kooperationsbereitschaft.

Vertreter beider Länder sollen der NYT zufolge bestätigt haben, dass die Gespräche bisher wenig Konkretes gebracht, aber trotzdem dazu beigetragen hätten, dass die Spannungen zwischen den beiden Nationen nicht außer Kontrolle geraten würden.

In jüngster Zeit haben die Beziehungen zwischen Moskau und Washington einen Tiefstand erreicht. Washington empfiehlt russischen Bürgern, für die Beantragung von US-Visa in die polnische Hauptstadt Warschau zu reisen, da die US-Konsulate in Russland wegen Personalmangels keine ausreichenden Kapazitäten hätten. Russland erwiderte, Washington habe selbst konsequent die Konsulararbeit in Russland zerstört und ein einfaches Verfahren für russische Bürger vorsätzlich kompliziert gemacht. Darüber hinaus verweist Moskau darauf, dass US-Bürger auch weiterhin bei russischen Konsulaten in den Vereinigten Staaten Visa beantragen können.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/617fb22c48fbef1b3c09dda8.jpg>

dan-news.info: Die Stromversorgung von vier Dörfern im Telemanowo-Bezirk, die durch ukrainischen Beschuss unterbrochen worden war, ist wieder in Betrieb.

snanews.de: Fischereistreit: London stellt Paris Ultimatum – „Das Problem muss innerhalb 48 Stunden gelöst sein“

Großbritannien hat am Montag im Fischereistreit mit Frankreich seinerseits ein Ultimatum gestellt. Laut den Aussagen der britischen Außenministerin Elizabeth Truss muss das Problem innerhalb von 48 Stunden gelöst sein.

„Hört auf damit, britischen Fischerbooten zu drohen. Hört auf damit, den Kanalhäfen zu drohen. Und akzeptiert, dass wir völlig im Recht sind, Fischereilizenzen im Einklang mit dem Handelsvertrag zu vergeben“, so Truss gegenüber dem TV-Sender „Sky News“.

„Die Franzosen haben sich unfair verhalten, das entspricht nicht den Bedingungen des Handelsdeals. Und wenn sich jemand bei einem Handelsabkommen unfair verhält, haben Sie das Recht, gegen sie vorzugehen und Ausgleichsmaßnahmen zu verlangen“, sagte sie.

Ferner erklärte Truss: „Dieses Problem muss innerhalb der nächsten 48 Stunden gelöst sein.“ Ansonsten werde London den im Brexit-Vertrag vereinbarten Streitschlichtungsmechanismus auslösen, um Kompensationen einzufordern.

Zuvor hatte der britische Umweltminister, George Eustice, in einem Interview für den Sender „Sky News“ erklärt, Frankreich sollte mit Gegenmaßnahmen rechnen, falls Paris im Fischereistreit nicht einlenken würde.

Frankreichs Staatschef Emmanuel Macron hatte am Rande des G20-Gipfels erklärt: „Falls die Briten keine wesentlichen Schritte unternehmen, müssen vom 2. November an Maßnahmen ergriffen werden.“ Er fügte hinzu: „Ich würde das bedauern. Aber was wir nicht tun können, ist nicht zu reagieren und unsere Fischer nicht zu verteidigen.“

Die Situation hatte sich am vergangenen Mittwochabend zugespitzt, als die französische Regierung angekündigt hatte, dass vom 2. November an britische Fischerboote an bestimmten französischen Häfen nicht anlegen dürften. Darüber hinaus würde die Sicherheit von britischen Schiffen und Lkws regelmäßig überprüft. Ein britisches Schiff war bereits am Mittwoch durch die französische Küstenwache festgesetzt worden. Großbritannien hatte Frankreichs Handlungen scharf kritisiert.

Ende September hatten die britischen Behörden die Fischer-Lizenz nur zwölf französischen Fischerbooten zur Verfügung gestellt, obwohl für insgesamt 47 Schiffe entsprechende Anmeldungen eingereicht worden waren.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0b/01/4172267_0:0:3070:1728_1280x0_80_0_0_89da5574d1540ccf9c720d4e35bf39d8.jpg

de.rt.com: **Moskau: "EU verlagert versteckte Kosten grüner Energien auf Entwicklungsländer"**

Vom Westen geförderte "grüne" Technologien sind mit versteckten Umweltkosten verbunden. Diese werden in Entwicklungsländer verlagert und dann genutzt, um Druck auf deren Volkswirtschaften auszuüben. Darauf wies Russlands oberster Sicherheitsbeamter hin. Nikolai Patruschew, Leiter des russischen Nationalen Sicherheitsrates, erklärte am Sonntag, dass reiche Länder, die im Kampf gegen den Klimawandel einen schnellen Übergang von fossilen Brennstoffen zu erneuerbaren Energien befürworten, gleichzeitig den Vorwand des Kohlenstoff-Fußabdrucks nutzen, um die Volkswirtschaften von Entwicklungsländern zu

untergraben.

Er bezog sich dabei auf die Pläne der EU, importierte Produkte auf der Grundlage der geschätzten Treibhausgasemissionen zu besteuern, die bei deren Herstellung entstehen. Diese Politik soll gemäß dem Zeitplan der EU-Kommission zwischen 2023 und 2026 schrittweise eingeführt werden. Es wird erwartet, dass Russland jährlich mindestens 1,1 Milliarden Euro verlieren wird, sobald die Grenzabgabe vollständig eingeführt ist.

Patruschew zufolge sei diese Steuer heuchlerisch, wenn man bedenke, dass sie für Produkte aus genau den Ländern gelte, die die versteckten Kosten des Übergangs zu erneuerbaren Energien in der EU tragen würden. Gegenüber der russischen Zeitung Komsomolskaja Prawda sagte er:

"Der Herstellungsprozess von Solarmodulen und die Gewinnung seltener Metalle, die für ihre Produktion benötigt werden, sind sehr energieaufwendig und finden meist in Ländern statt, die Kohlekraftwerke betreiben."

Das Gleiche gelte für Batterien, die für Elektroautos und zum Puffern von Leistungsschwankungen bei Sonnenkollektoren und Windkraftanlagen benötigt würden, fügte der ehemalige FSB-Chef hinzu. Dazu kämen Abfälle wie zerbrochene Paneele und Turbinenschaufeln, die reiche Betreiber gerne armen Ländern mit weniger strengen Umweltvorschriften aufbürden würden. Er fügte hinzu:

"Europa lagert nicht nur die 'schmutzige' Produktion aus, sondern plant auch, diese Produzenten mit der sogenannten 'Kohlenstoffsteuer' zu belegen."

Er nannte dies ein Beispiel für eine "Einmischung des Westens" in die Angelegenheiten anderer Länder unter dem Deckmantel der Bekämpfung des Klimawandels. Der russische Sicherheitsbeamte schlug vor:

"Vielleicht sollte eine künftige Konferenz über den Klimawandel und die globale Erwärmung in einem afrikanischen oder asiatischen Land abgehalten werden, wo die 'schmutzige' Produktion dieser 'sauberen' Technologien stattfindet."

Russland unterstütze den weltweiten Übergang zu umweltfreundlicheren Technologien, die notwendig seien, um die Bedrohung durch den Klimawandel einzudämmen, sagte Patruschew. Dies solle jedoch auf eine Art und Weise geschehen, die einzelne Nationen nicht untergrabe oder zu Krisen führe, wie sie derzeit in Europa zu beobachten seien. Die EU-Länder erlebten zurzeit einen erheblichen Anstieg der Erdgaspreise aufgrund einer Verknappung, die unter anderem durch eine unerwartet niedrige Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen verursacht worden sei. Abschließend stellte der Chef des Sicherheitsrates der Russischen Föderation fest:

"Es liegt auf der Hand, dass die Abkehr von den fossilen Energieträgern zugunsten der erneuerbaren Energien nur langsam vonstattengehen kann."

"Das ganze Gerede über eine unmittelbar bevorstehende radikale Abkehr von den traditionellen Energiequellen ist stark übertrieben."



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/617fc78848fbef132e4d12c0.JPG>

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 01.11.2021**
In den letzten 24 Stunden wurden **zwei Verletzungen des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten des Gegners festgestellt.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 10. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Kotlik von den Positionen im Gebiet von Schumy aus die **Siedlung des Bergwerks 6/7** in Gorlowka mit einem 82mm-Mörser beschossen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 54. Brigade auf Befehl des Kommandeurs Majstrenko von den Positionen im Gebiet von Marjinka aus neun 82mm-Mörsergeschosse auf **Alexandrowka** abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner **eine Feuerprovokation** begangen.

So haben Kämpfer der 30. mechanisierten Brigade in Richtung Gorlowka auf Befehl des Kriegsverbrechers Sinewitsch von den Positionen im Gebiet von Nowoluganskoje aus drei Granaten mit Antipanzergrenatwerfern in Richtung **Dolomitnoje** abgefeuert.

Die ukrainische Seite im GZKK ignoriert weiter die Anfragen nach einem Regime der Ruhe über den Koordinationsmechanismus.

Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen zwei Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind.

Aus dem Bestand der 58. Panzergrenadierbrigade:

ein Panzertransporter in einem Wohngebiet von Memrik.

Aus dem Bestand der 93. mechanisierten Brigade:

ein Schützenpanzer auf dem Gebiet eines privaten Hauses in Bogdanowka.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Arbeit der OSZE-Mission. So hat der Gegner, um die Erfassung von Verstößen von Seiten der 10., 93. und 128. Brigade durch Drohnen der Mission zu verhindern, Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppen des 502. und 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission in den Gebieten von Kurdjmowka, Dsershinsk, Nowotroizkoje, Donskoje und Gnutowo zu blockieren.

Außerdem bemerken wir die Durchführung regelmäßiger Trainings mit Abwehraketeneinheiten der Luftabwehr im OOS-Gebiet, bei denen Fragen der Entdeckung von Drohnen der OSZE-Mission, deren Abfangen und Begleitung sowie hypothetische Vernichtung bearbeitet werden. Dabei entdecken die ukrainischen Luftabwehreinheiten die Drohnen der Mission nicht immer rechtzeitig und können sie nicht

immer identifizieren, worauf der Kommandeur der OOS Pawljuk mehrfach seinen für Luftabwehr und Luftwaffe zuständigen Vertreter Doroschko hingewiesen hat. Nach uns vorliegenden Informationen hat der Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ Tarnawskij nach dem Vorfall in der 2. Artillerieabteilung der 93. Brigade, als während der Ausführung einer Feueraufgabe mit einer Haubitze eine Detonation des Geschosses im Lauf erfolgte, entschieden, die Organisation der Zusammenarbeit der 93. Brigade und der 55. Artilleriebrigade zu überprüfen. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Bestimmung der Ziele für Feuerangriffe sowie der Marschrouten und der Feuerstellungen gewidmet. Wir merken an, dass das Kommando der 55. Brigade, weil es das Geraten auf Minen der 93. Brigade befürchtet, Karten der Minensperren angefordert hat sowie die Durchführung zusätzlicher technischer Aufklärung der Gebiete der Feuerpositionen.

Wir stellen Vorbereitungen auf die bevorstehende Rotation der Einheiten der 10. Brigade fest. So wurden im Gebiet von Majorsk zuvor getarnte Positionen von Panzertechnik teilweise enttarnt, die Tarnnetze abgenommen.

Außerdem erlitt ein ukrainischer Kämpfer bei Einholen einer Feldkommunikationsleitung von einem Kommandobeobachtungspunkt des 109. Bataillons der 10. Brigade im Gebiet von Dsershinsk eine Detonationsverletzung und zahlreiche Splitterverletzungen infolge der Detonation einer Sprengeinrichtung im Gebiet zwischen den Positionen.

Außerdem ist in der militärisch-zivilen Administration der Donezker Oblast ein Eingabe örtlicher Landwirte eingetroffen, in der sie sich über die Verlegung von ukrainischer Militärtechnik in Richtung der Eisenbahnstationen Drushkowka und Konstantinowka durch landwirtschaftliche Felder, auf denen Winterkulturen ausgesät sind, beschweren.

snews.de: **Hitlergruß und White Power: Als Ku-Klux-Klan verkleidete Männer ziehen durch Kiewer Innenstadt**

Unbekannte in Ku-Klux-Klan-Kostümen haben eine rassistische Aktion in der ukrainischen Hauptstadt durchgeführt. Dies berichtet die Online-Zeitung Strana.ua am Montag, die ein [Video von der Aktion](#) veröffentlicht hat.

Die Aktion fand demnach am Sonntagabend statt. Menschen in Ku-Klux-Klan-Kostümen zogen durch das Stadtzentrum von Kiew und trugen Plakate mit Aufschriften wie „Ja, wir sind Rassisten“, „Der KKK ist zurück“ und „White Power“.

Später ließen sich die Teilnehmer der Aktion nach Angaben der Zeitung auf dem Chreschtschatik, der zentralen Straße von Kiew, fotografieren, wobei sie Hitlergrüße zeigten. Der rassistische Geheimbund Ku-Klux-Klan war in der zweiten Hälfte des 19. sowie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vor allem in den Südstaaten der USA aktiv und insbesondere durch seine Gewalttaten gegen Schwarze bekannt.



https://cdn1.snews.de/img/07e5/06/0e/2489212_0:320:3072:2048_1920x0_80_0_0_88f67

[18f3ea72d990d1e6e4040ed7584.jpg](#)

snews.de: **Nach abgewiesener Klage: Nord Stream 2 legt Berufung gegen Urteil zur EU-Gasrichtlinie ein**

Die Nord Stream AG 2 hat beim deutschen Bundesgerichtshof Berufung gegen das im August gefällte Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf (OLG) eingelegt. Dabei ging es um die Entscheidung der deutschen Seite, das Pipeline-Projekt nicht von den EU-Vorschriften auszunehmen.

Wie aus den Gazprom-Dokumenten hervorgeht, wurde die Beschwerde vonseiten des Konzerns am 21. September eingereicht. Gleichzeitig hat das Unternehmen bei der Bundesnetzagentur einen Antrag gestellt, als unabhängiger Betreiber der Gaspipeline Nord Stream 2 registriert zu werden.

Oberlandesgericht weist Klage ab

Das Oberlandesgericht in Düsseldorf hat am 25. August die Beschwerde der Nord Stream 2 AG gegen die Entscheidung der deutschen Regulierungsbehörde, die Nord Stream 2-Pipeline im Bereich des deutschen Hoheitsgebiets nicht von der energiewirtschaftsrechtlichen Regulierung auszunehmen, abgewiesen.

Seitens des Oberlandesgerichts hieß es zur Begründung:

„Das wäre möglich, wenn die Gasverbindungsleitung vor dem 23. Mai 2019 fertiggestellt gewesen wäre. Das ergibt sich aus Art. 49a Richtlinie (EU) 2019/692 und aus § 28b EnWG.“ Die Bundesnetzagentur habe den Freistellungsantrag abgelehnt, heißt es weiter, weil die Pipeline zum Stichtag baulich nicht vollständig errichtet gewesen sei. Die EU-Regeln sehen unter anderem vor, dass Produktion, Transport und Vertrieb getrennt sein müssen, Dritten ein Zugang zu der Röhre gewährt wird und die Netzentgelte von der Bundesnetzagentur reguliert werden. Betroffen sei allerdings nur der Teil der Pipeline, der in deutschen Territorialgewässern verlegt wurde.

Zugleich erlangte die Nord Stream 2 AG die Möglichkeit, die Entscheidung des Senats vor dem Bundesgerichtshof anzufechten.

„Die Ablehnung des Antrags der Nord Stream 2 AG auf eine Ausnahmeregelung macht die diskriminierende Wirkung der geänderten EU-Gasrichtlinie deutlich“, verlautete aus der Projektgesellschaft.

Pipeline Nord Stream 2

Der russische Gasmonopolist Gazprom will über die Pipeline Nord Stream 2 jährlich 55 Milliarden Kubikmeter Gas über die Ostsee nach Deutschland zur Weiterleitung in andere EU-Staaten liefern.

Der erste Strang der Gasleitung ist nach Angaben der Nord Stream 2 AG betriebsbereit. Die Befüllung mit Gas sei abgeschlossen und somit seien die Voraussetzungen geschaffen, um den Gastransport zu starten, teilte der Pipelinebetreiber mit. Der Gazprom-Vorstand verfolgt nach eigener Darstellung das Ziel, die Pipeline noch in diesem Jahr in Betrieb nehmen zu können. Mit der Inbetriebnahme von Nord Stream 2 könnte deutlich mehr russisches Erdgas über die Ostsee nach Deutschland zur Weiterleitung in andere EU-Staaten transportiert werden. Die Gasversorgung Europas würde noch stabiler gesichert. Allerdings steht die Betriebsgenehmigung der deutschen Behörden und der EU-Kommission für die russisch-europäische Pipeline noch aus.

Befürworter der Pipeline werben auch wegen der derzeit so hohen Energiepreise für eine Erteilung der Betriebserlaubnis. Sie erhoffen sich durch zusätzliche Gas-Lieferungen eine Entspannung des Marktes. Gegner befürchten hingegen eine noch größere Abhängigkeit von russischen Energielieferungen.

Ende Oktober hatte Wladimir Putin den Gazprom-Vorstandschef, Alexej Miller, aufgefordert, ab dem 8. November mit der „reibungslosen und geplanten Arbeit zur Erhöhung des Gasvolumens“ in den Untergrundspeichern Österreichs und Deutschlands zu beginnen. Dies

soll laut Putin ermöglichen, die vertraglichen Gaslieferverpflichtungen gegenüber den europäischen Partnern im Herbst und Winter „zuverlässig, stabil und rhythmisch“ zu erfüllen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/02/11/940529_0:15:3160:1793_1920x0_80_0_0_ca2fd669222770332bf31d811c38444d.jpg

Mil-Inr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponenko

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurde **in den letzten 24 Stunden zwei Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt. **In Richtung Popasnaja** haben Kämpfer der 24. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Postupalskij von den Positionen im Gebiet von Solotoje-4 aus **Solotoje-5** mit 82mm-Mörsern beschossen und 15 Geschosse abgefeuert.

In Richtung Slawjanoserbsk haben Kämpfer der 57. Brigade auf Befehl des Brigadekommandeurs Mischantschuk von den Positionen im Gebiet von Nowotoschkowskoje aus **Golubowskoje** mit 82mm-Mörsern beschossen 18 Geschosse abgefeuert. ...

snanews.de: Falls Westen strategische Parität verletzt: Putin spricht von Reaktion Russlands

Moskau wird laut dem russischen Präsidenten, Wladimir Putin, auf die Versuche westlicher Länder, die strategische Parität zu verletzen, angemessen reagieren. Die Stationierung von US-Raketen in Europa stellt ihm zufolge eine Bedrohung für Russland dar.

„Wir wissen es gut, dass einige unserer ausländischen Kollegen ihre Versuche, diese (strategische – Anm.d.Red.) Parität zu brechen, nicht aufgeben. Auch durch die Stationierung von Elementen einer globalen Raketenabwehr in unmittelbarer Nähe unserer Grenzen. Wir können diese Bedrohungen für die Sicherheit Russlands nicht unbeachtet lassen und werden angemessen auf die Situation reagieren“, betonte Putin bei einem Militärtreffen in Sotschi.

„Es gibt auch US-Pläne, die allen bekannt sind, Mittelstreckenraketen in Europa zu stationieren, was auch eine große Gefahr und Bedrohung für uns darstellt“, so der russische Präsident weiter.

Ausrüstung der Marine mit modernen Waffen

In diesem Zusammenhang bezeichnete Putin die Ausrüstung der russischen Marine mit moderner Technik und Waffen als wichtige Aufgabe. In den letzten vier Jahren wurden ihm zufolge 49 neue Schiffe und Kampfboote, neun Küstenraketenysteme sowie zehn Luftfahrzeuge in die Marine aufgenommen.

Bis 2027 solle die Marine zu mehr als 70 Prozent mit modernen Waffen ausgerüstet sein. Außerdem sei es notwendig, die Luft-Weltraum-Verteidigung zu modernisieren, um

Hyperschallraketen verfolgen zu können.

„Die modernisierte Luft-Weltraum-Verteidigung sollte hyperschall- und ballistische Ziele aller Art auf große Entfernung erkennen und sie dann entlang ihrer gesamten Flugbahn zerstören können“, sagte der Präsident.

Er fügte hinzu, die Rüstungsindustrie müsse das Tempo erhöhen, um Technik für diesen Bereich zu entwickeln und in kurzer Zeit die Serienproduktion neuer Muster einzurichten.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/06/3857759_0:144:3129:1904_1920x0_80_0_0_112eb96c385ba2cf943bba746d97e783.jpg

snanews.de: **Einige Länder arbeiten an Kampffähigkeiten im Weltall – Russischer UN-Gesandter**

Nach Angaben des Außenpolitikers Andrej Beloussow, Vize-Vorsitzender der russischen Delegation im 1. Ausschuss der UN-Vollversammlung, ist eine Reihe von Ländern gegenwärtig dabei, Fähigkeiten zur weltraumbasierten Kampfführung aufzubauen.

Der russische Diplomat sieht nach eigenen Worten eine wachsende Bedrohung, dass der Weltraum „in eine Arena bewaffneter Konfrontation“ verwandelt wird. Diese Konfrontation berge das Risiko, „zu Konflikten mit katastrophalen Folgen für die Menschheit“ auszuwachsen.

„Eine Reihe von Staaten setzt das Ziel zur Stationierung von Waffen im Weltraum bereits um, baut die Fähigkeiten zur gewaltsamen Einwirkung auf Weltraumobjekte und auf lebenswichtige Infrastruktur auf der Erde auf, erstellt Pläne zur Kampfführung im All“, sagte der Politiker in einer Sitzung des 1. Ausschusses der Uno-Vollversammlung.

Russland und zuvor die UdSSR setzt sich seit nunmehr 40 Jahren für die Ausarbeitung eines multilateralen und rechtlich verbindlichen Instruments ein, das die Stationierung beliebiger Waffensysteme im Weltraum ebenso wie die Anwendung oder die Androhung von Gewalt im All verbietet. Mehrfach brachte Russland entsprechende Entwürfe in die UN-Vollversammlung sowie in die Abrüstungskonferenz ein. Im Juni 2014 wurde in der Konferenz ein Entwurf des russisch-chinesischen Vertrags zur Prävention der Waffenstationierung, der Anwendung oder Androhung von Gewalt gegen Objekte im Weltraum vorgestellt.



https://cdn1.snanews.de/img/07e4/0c/1c/316493_0:0:1708:960_1920x0_80_0_0_0c28b1793d25b5cc56e11b542814cb28.jpg